Müller-Gemmeke sieht Geburtshilfe in Not

Weniger Hebammen bedeuten auch für die Region schlechtere Versorgung von Schwangeren

Steigende Haftpflichtprämien und die drohende Abschaffung der Gruppenversicherung erschweren Hebammen die Existenz. Immer mehr geben den Beruf auf - auch in der Region. Die grüne Bundestagsabgeordnete, Beate Müller-Gemmeke lud Betroffene zum Fachgespräch.

Kreis Reutlingen. Die Haftpflichtprämien für Hebammen sind erneut gestiegen, ein Ende ist nicht in Sicht. Ab Mitte 2016 wollen die Versicherungsunternehmen keine Gruppenhaftpflichtversicherung mehr anbieten. In der Folge können immer weniger Hebammen Geburtshilfe leisten. Immer mehr Geburtsabteilungen schließen bundesweit aus Kostengründen.

Auch in der Region geben Hebammen auf und immer weniger beginnen, erfuhr Müller-Gemmeke. Die Nachfrage um Ausbildungsplätze nimmt ab. In der Konsequenz suchen schwangere Frauen oft vergeblich nach freiberuflichen Hebammen, die sie rund um die Geburt begleiten. Etliche der Geburtshelferinnen leisten inzwischen nur noch Vor- und Nachsorge, da dann geringere Versicherungsprämien anfallen. "Die Entwicklung bedeutet de facto ein Berufsverbot, weil Hebammen ohne Haftpflichtversicherung nicht arbeiten können. Die freie Wahl der Eltern wird zu einem leeren Versprechen", so Müller-Gemmeke.

Die Zahl der Schadensfälle sei insgesamt vergleichsweise gering. Dennoch: Der einzelne Fall verursache immer höhere Kosten, die eine kleine Berufsgruppe nicht tragen könne. Genauso wenig dürfe die einzelne Hebamme mit ihrem Privatvermögen haften müssen. Im Gespräch sind von daher eine Regressbeschränkung, ein Haftungsfonds oder Regelungsprinzipien der gesetzlichen Unfallversicherung auf eine Berufshaftpflicht für alle Gesundheitsberufe zu übertragen. "Es ist höchste Zeit für eine tragfähige politische Lösung, die die Prämien wirklich senkt und den Hebammen wieder eine berufliche Zukunft sichert", resümiert die grüne Abgeordnete.